

Liestal, 22. April 2021

Medienmitteilung

Ja-Parolen der FDP Baselland zum CO2-Gesetz sowie zum Covid-19-Gesetz und Nein-Parolen zur Trinkwasser- und zur Pestizid-Initiative

- **Online-Parteitag der FDP Baselland mit Gast Stefan Brupbacher, Direktor von Swissmem**
- **Klare Ja-Parolen zum CO2-Gesetz und zum Covid-19-Gesetz**
- **Klare Nein-Parolen zur Trinkwasser- und zur Pestizid-Initiative**
- **Klare Ja-Parole zum Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus**
- **Klare Ja-Parole zur kantonalen Vorlage über Salina Raurica, Verlängerung der Tramlinie 14**

Am virtuellen Parteitag vom 21. April 2021 haben die Freisinnigen die Parolen zu den nationalen Abstimmungen vom 13. Juni 2021 gefasst. Parteipräsidentin Saskia Schenker begrüsst die rund 70 Mitglieder mit dem Anliegen, dass die FDP Baselland nach vorne schauen und sich für gute Perspektiven für die Bevölkerung einsetzen soll. «Fit für die Zukunft» heisst das Vorstosspaket, dass die Landratsfraktion einreicht und mittels welchem sie die Wettbewerbsfähigkeit des Baselbiets verbessern möchte. «Unterstützen sie unseren positiven, zukunftsgerichteten Ansatz, gerade in Zeiten, in denen viele Sorgen und Unzufriedenheit vorhanden sind». Als Gastreferent begrüsst Schenker den Direktor von Swissmem und ehemaligen Generalsekretär von Bundesrat Schneider-Ammann sowie der FDP Schweiz, Stefan Brupbacher.

Laut Stefan Brupbacher Trivigno enthält das CO2-Gesetz viele freisinnige Lösungsansätze: «Das CO2-Gesetz enthält Anreize statt Verbote, entsprechende Marktinstrumente und ist technologieneutral ausgestaltet. Wir müssen uns fragen, ob wir nun über diesen Weg die Ziele des Pariser Klimaabkommens erreichen wollen oder nicht. Die Alternative ist, den Kopf in den Sand zu stecken», so Brupbacher. Vielen sei nicht bekannt, dass die MEM-Industrie bereits heute über technische Lösungen verfügt, um die CO2-Emissionen drastisch zu senken. «Die zum Teil umstrittene CO2-Abgabe auf Brenn- und Treibstoffe schafft mehr Kostenwahrheit und damit ein marktwirtschaftliches «level-playing-field» für neue Technologien, die betriebswirtschaftlich interessant werden. Das führt zu einem Wachstum von klimafreundlichen Investitionen», so Brupbacher weiter. Nach einer umfassenden Diskussion fassten die Freisinnigen klar die Ja-Parole mit 31 Ja-Stimmen zu 6 Nein-Stimmen bei vier Enthaltungen.

Nationalrätin Daniela Schneeberger sprach sich für die Annahme des Covid-19-Gesetzes aus: «Das Gesetz schafft eine demokratische Legitimation. Dem Bundesrat werden in seinem Pandemie-bedingten Handeln Leitplanken gesetzt. Es geht in erster Linie darum, dass die negativen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen wirkungsvoll abgefedert werden.» Daniela Schneeberger betonte, dass das Gesetz im ordentlichen demokratischen Zusammenspiel entstanden sei und den Einbezug der Kantone, der Verbände, der Sozialpartner und des Parlaments sicherstelle. Und weiter: «Es ist weiterhin das Parlament, das über alle Kreditanträge des Bundesrates entscheidet.» Sehr deutlich fassten die Freisinnigen die Ja-Parole zum Covid-19-Gesetz mit 38 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen.

In seinem Referat zur Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz» betonte Landrat Thomas Eugster, dass das Schweizer Trinkwasser bereits gut geschützt und problemlos trinkbar ist. Aus seiner Sicht gehe die Initiative zu weit: «Ihre Annahme hätte weitreichende Folgen für die Schweizer Lebensmittelproduktion. Wenn die zahlreichen Betriebe, die heute Direktzahlungen erhalten, vollständig auf Pestizide und zugekauftes Futter verzichten müssten, können sie weniger Lebensmittel produzieren.» Der Verzicht auf Pestizide und der erwartete Rückgang der Produktion würden im Inland zwar die Belastung von Gewässern mit Pestiziden und Nährstoffen aus der Landwirtschaft verringern und die Biodiversität verbessern. Zugleich würde bei unverändertem Konsum aber die Umweltbelastung ins Ausland verlagert, da vermehrt im Ausland produzierte Lebensmittel importiert würden. Weiter betonte Thomas Eugster, dass das Parlament das Kernanliegen der Volksinitiative mit verschiedenen Gesetzesanpassungen bereits aufgenommen hat, um die Risiken beim Einsatz von Pestiziden zu vermindern und die Qualität des Grund- und Trinkwassers weiter zu verbessern. Mit grossem Mehr (37 Nein-Stimmen zu 13 Ja-Stimmen, 4 Enthaltungen) entschieden sich die Delegierten klar für die Nein-Parole.

Thomas Eugster zeigte zwar etwas Verständnis für die Anliegen der Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide», aber zeigt auf, dass die Initiative weit über das Ziel hinaus schießt: «Bereits heute hat der Bund strenge Regeln für die Verwendung von Pestiziden festgelegt und die Vorschriften nun weiter verschärft; zudem unterstützt er die Forschung und die Entwicklung von Alternativen finanziell. Das geforderte Verbot birgt die Gefahr, dass Pflanzen und landwirtschaftliche Produkte nicht mehr vor Bakterien, Viren usw. geschützt werden können. Das würde die Versorgung und die Vielfalt der Lebensmittel einschränken, mit negativen Folgen sowohl für die Konsumentinnen und Konsumenten wie auch für die Produzentinnen und Produzenten. Schliesslich würde das Verbot auch geltende internationale Handelsabkommen verletzen.» Auch diese Initiative wurde vom Parteitag deutlich mit 50 Nein-Stimmen zu 3 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Lucio Sansano, Präsident der Jungfreisinnigen Baselland, sprach sich nach einer sorgfältig vorgenommenen Abwägung für die Annahme des Bundesgesetzes über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus aus: «Ich gewichte bei dieser Vorlage die Sicherheit vor Terrorismus etwas höher als die Freiheit. Die Bevölkerung der Schweiz muss besser vor Terrorismus geschützt werden. Mit dem neuen Gesetz erhält die Polizei zusätzliche Instrumente, um präventiv gegen Personen vorzugehen, von denen eine terroristische Gefahr ausgeht.» Er betonte, dass andere Staaten bereits ähnliche Verschärfungen beschlossen haben. Die Freisinnigen folgten seiner Argumentation und beschlossen deutlich die Ja-Parole mit 40 Ja-Stimmen zu 8 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Für Landrat Stephan Burgunder gibt es zur Vorlage über die Verlängerung der Tramlinie 14 sehr viele triftige Pro-Argumente: «Die Verlängerung der Tramlinie 14 ermöglicht eine nachhaltige Erschliessung des Gebietes Salina Raurica mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Zudem wird dadurch die bessere Anbindung des Bahnhofs Pratteln und der Quartiere Grüssen, Längi und Netziboden untereinander realisiert sowie den Verkehr entflechtet ». Nicht zuletzt wird die verlängerte Tramlinie laut Stephan Burgunder Basel-Stadt mit den Agglomerationsgemeinden Pratteln und Augst verbinden. Fraktionspräsident Andreas Dürr gab zu bedenken, dass eine Unterstützung der Tramvorlage zwar wichtig sei, dass das Gebiet aber auch genügend Kapazitäten für den Individualverkehr benötige. «Diese Frage steht zwar nicht zur Abstimmung, aber dafür müssen wir uns als FDP einsetzen, denn ein künstlich erzeugter Stau ist Gift für ein Entwicklungsgebiet. Und leider ist das bis anhin vorgesehen.» Auch zu dieser Vorlage fasste der Parteitag deutlich die Ja-Parole mit 49 Ja- zu einer Nein-Stimme bei 3 Enthaltungen.

Kontakt:

Saskia Schenker, Landrätin, Präsidentin FDP Baselland, 079 212 78 65